

Crusader State – Defekte Demokratie? **Export und Zustand der US-Demokratie in der** **Ära George W. Bush**

Jochen Hils/Jürgen Wilzewski

1. *Mission or Cheap Talk?* **Die Bush-Administration und die** **Demokratieförderung**

»America also has an unprecedented opportunity to lay the foundations for future peace. The ideals that have inspired our history – freedom, democracy, and human dignity – are increasingly inspiring individuals and nations throughout the world. *And because free nations tend toward peace, the advance of liberty will make America more secure.* These inseparable priorities – fighting and winning the war on terror and promoting freedom as the alternative to tyranny and despair – have now guided American policy for more than 4 years« (White House 2006: einleitende Worte des Präsidenten, zweiter u. dritter Absatz, unsere Hervorh.).

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie und Bushs zweite Antrittsrede scheinen es noch einmal zu unterstreichen (White House 2006, 2005): Das Thema Demokratieförderung steht auch in der zweiten Amtszeit des 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten ganz oben auf der außenpolitischen Agenda. Zwar wird in den einleitenden Worten des Präsidenten zunächst betont, dass es sich bei dem Strategiepapier vom März 2006 um eine »wartime national security strategy« handelt, die vor allem die Sicherheit des amerikanischen Volkes gewährleisten soll (White House 2006: erster Absatz). Offenkundig sieht die Administration das Problem des transnational agierenden Terrorismus aber direkt mit der Demokratieförderung verknüpft. Mehr noch: Sie scheint in ihren Augen ein Allheilmittel gegen die neue asymmetrische Bedrohung zu sein, wenngleich »kurzfristige« bzw. unmittelbar »wirksame« Maßnahmen wie der »globale Krieg gegen den Terror« als Ergänzung notwendig sind.

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie nennt vier zentrale Ursachen für das heutige Terrorproblem: »politische Entfremdung« (*political alienation*), »Missstände, für die andere verantwortlich gemacht werden können« (*grievances that can be blamed on others*), »Subkulturen der Verschwö-

»und Fehlinformation« (*sub-cultures of conspiracy and misinformation*) sowie »eine Ideologie, die Mord rechtfertigt« (*an ideology that justifies murder*). Anschließend heißt es:

»Defeating terrorism in the long run requires that each of these factors be addressed. The genius of democracy is that it provides a counter to each (...) *The advance of freedom and human dignity through democracy is the long-term solution to the transnational terrorism of today*« (White House 2006: 10 u. 11, unsere Hervorh.).

Solche Äußerungen haben viele Beobachter dazu veranlasst, einen »national security liberalism« auf Seiten der Bush-Administration zu diagnostizieren¹ und eine Verbindung zum Theorem des »Demokratischen Friedens« herzustellen. Andere Autoren sehen in der außenpolitischen Programmatik, Rhetorik und Praxis der gegenwärtigen US-Regierung dagegen vor allem einen zügellosen Idealismus neokonservativer Provenienz am Werk, der sich zur Durchsetzung seiner Ziele »klassischer« machtpolitischer Instrumente (vor allem des Militärs) bedient,² was in der Regel scharf kritisiert wird (so etwa Mazarr 2003; Rhodes 2003). Eine dritte Gruppe von Beobachtern stellt (vor allem im Hinblick auf den Präventivkrieg gegen den Irak) nicht nur die Mittel, sondern auch die Lauterkeit oder Authentizität dieses Idealismus in Frage. Eine der freundlicheren Lesarten ist dabei noch, dass die Bush-Administration in einer Art *Ex-Post*-Rationalisierung des Irakkrieges das Thema Demokratieförderung *volens nolens* für sich entdeckt hat, nachdem ihr zentraler Kriegsgrund, die Existenz von Massenvernichtungswaffen, als Rechtfertigungsmuster nicht mehr länger haltbar gewesen war (so etwa Russett 2005: 396).

Auch in einer breiteren historischen Perspektive sind Ursprung und Authentizität eines Hanges der Vereinigten Staaten zu einer aktivistischen Politik des Demokratieexports umstritten. In den Kategorien der Theorien der Internationalen Beziehungen formuliert und an den Beiträgen des Bandes von Michael Cox, G. John Ikenberry und Takashi Inoguchi

1 Vgl. exemplarisch Monten (2005: 112); grundlegend dazu T. Smith (2000, 1994).

2 Die Bush-Administration möchte offenbar auf diese Weise wahrgenommen werden. So heißt es in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie: »The path we have chosen is consistent with the great tradition of American foreign policy. Like the policies of Harry Truman and Ronald Reagan, our approach is idealistic about national goals and realistic about the means to achieve them« (White House 2006: einleitende Worte des Präsidenten, fünftletzter Absatz). Dieses Diktum wird zum Schluss noch einmal wiederholt: »Our national security strategy is idealistic about goals, and realistic about means« (White House 2006: 49).

(2000) zur US-Demokratieförderung illustriert: Liberalen und konstruktivistischen Positionen, die unter Rekurs auf einen rationalistischen »national security liberalism« und/oder eine soziale Externalisierung des nationalen Selbstbilds auf die Authentizität des Demokratisierungsimpulses abheben (Doyle 2000; T. Smith 2000; Ikenberry 2000; Nau 2000), stehen realistische und »kritische« Positionen gegenüber, die Demokratieförderung in der Regel entweder als »cheap talk« (Schweller 2000: 62) abtun³ oder aber auf die Selektivität und Begrenztheit des Impulses verweisen, über dessen Zielrichtung und Intensität vor allem die wirtschaftlichen Interessen der USA entschieden. Die Vereinigten Staaten sind aus dieser Perspektive allenfalls an der Verbreitung einer »low-intensity democracy« interessiert, die weniger echte politische Teilhabe vor Ort als vielmehr die Maximierung des eigenen wirtschaftlichen Nutzens gewährleisten soll (S. Smith 2000; Ralph 2000). So kommt Steve Smith in seinen »kritischen Fragen« an die Demokratieförderungspolitik der USA etwa mit Blick auf die äußerst ambivalente Politik gegenüber Mittel- und Lateinamerika zu folgendem Schluss:

»It seems difficult to conclude anything other than that democracy promotion in Latin and Central America has been one tool amongst many in promoting US interests rather than an end in itself in that region« (S. Smith 2000: 65).

Im Gegensatz zur Kontroverse um den Ursprung und die Authentizität ist die Zeitspanne, in der eine aktivistische Demokratieförderungspolitik der Vereinigten Staaten bzw. (aus Sicht der Kritiker) eine entsprechende Rhetorik erstmals voll ausgeprägt in Erscheinung trat, vergleichsweise unstrittig. Walter McDougall etwa sieht die Hinwendung der USA zu einer aktivistischen Politik des Demokratieexports in einem Paradigmenwechsel begründet: Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ging es den Vereinigten Staaten laut McDougall (1997: 4f) vor allem um die Vervollkommnung des eigenen Demokratie Modells und insofern ausschließlich

3 Der so genannte neoklassische Realismus (grundlegend dazu Schweller 2003; Harnisch 2003: 321-325; Rose 1998), der davon ausgeht, dass Veränderungen in der relativen Machtposition eines Staates zwar dessen außenpolitische Optionen erweitern bzw. einschränken, nicht aber seine Strategiewahl determinieren, die unter Rekurs auf subsystemische Variablen erklärt werden müsse, bildet hier eine Ausnahme. So hält etwa Jonathan Monten aus einer neoklassischen Perspektive den Hang der Bush-Administration zum (aggressiven) Demokratieexport für authentisch und führt ihn auf das Zusammenspiel von unilateraler Machtposition (systemische Komponente) und neokonservativer Ideologie (subsystemische Komponente) zurück (Monten 2005: 140-155).

um das eigene »Sein und Werden« (*Being and Becoming*). Im Übergang zum 20. Jahrhundert habe sich der demokratische Vervollkommnungsimpuls dann jedoch nach außen gewendet, womit an die Stelle des *Promised Land* allmählich ein *Crusader State* getreten sei, dem es unter diesen missionarischen Vorzeichen vor allem darum gehe, etwas nach außen zu tun und sich zu seiner Umwelt in Beziehung zu setzen (*Doing and Relating*). Ganz ähnlich argumentiert Jonathan Monten aus der Perspektive des neoklassischen Realismus. Mit dem relativen Machtzuwachs der USA auf der internationalen Ebene, dem Beginn des Aufstiegs zur Weltmacht, sei in den 1890er Jahren auf der nationalen Ebene ein Wandel des kulturellen Selbstverständnisses einhergegangen:

»Various reform movements such as Progressivism and the Social Gospel, both political reactions to post-Civil War industrialization and modernization, produced a different set of normative and instrumental beliefs about the nature of progress and the efficacy of U.S. power to create a more perfect social and political order« (Monten 2005: 115).⁴

Dieser soziokulturelle Wandel hat sich laut Monten in einer Abkehr vom *Exemplarism* und in einer Hinwendung zum *Vindicationism* manifestiert – Begriffe, die praktisch das Gleiche wie McDougalls dualistische Konzeption zu erfassen suchen und nach Ansicht Montens (2005: 114) als konkurrierende Theorien der Demokratieförderung verstanden werden müssen. So formuliert er:

»One perspective – which (...) may be termed »exemplarism« – conceives of the United States as founded in separation from Old World politics and the balance of power system. It suggests that U.S. institutions and values should be perfected and preserved, often but not exclusively through isolation. The United States exerts influence on the world through the force of its example; an activist foreign policy may even corrupt liberal practices at home, undermining the potency of the U.S. model. A second perspective – »vindicationism« – shares this »city-on-a-hill identity, but argues that the United States must move beyond example and undertake active measures to spread its universal political values and institutions« (Monten 2005: 113).

4 Obwohl Monten (2005: 115f) in diesem Punkt etwas unscharf argumentiert, deutet sehr wenig darauf hin, dass er die Veränderung des kulturellen Selbstverständnisses als eine unmittelbare Folge der Veränderung in der relativen Machtposition ansieht. Wie Legro/Moravcsik (1999: 32) in ihrer Kritik am neoklassischen Realismus betonen, müsste eine »echte« realistische Position, die keine Anleihen bei der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen macht, das eigentlich annehmen.

Zwei Dinge werden hier deutlich: *Erstens* kann die amerikanische Demokratieförderungspolitik offensichtlich nicht ohne Rekurs auf nationale Akteurskonstellationen und Präferenzbildungsprozesse erklärt werden – wengleich Veränderungen auf der internationalen Ebene bzw. in der relativen Machtposition der USA erst die Voraussetzungen für eine aktivistische Demokratieförderungspolitik schaffen mögen.⁵ *Zweitens* scheint eine »liberal-imperialistische« Mission (Rhodes 2003) nach innen zumindest die latente Gefahr einer Beschädigung demokratischer Institutionen und Verfahren in sich zu bergen. Diesen Zusammenhang thematisiert auch McDougall (1997: 5, unsere Hervorh.):

»Does our blessed heritage as a land of liberty require us to crusade abroad on behalf of others (...)? Or does giving in to the temptation to impose our will abroad, however virtuous our intent, violate (...) principles that made America great in the first place? *In short, can the United States be a Crusader State and still remain a Promised Land?* That question hangs over our third century.«

McDougalls geradezu prophetische Frage hat in der Welt nach dem 11. September 2001 mit der Bush-Doktrin und dem Projekt eines »liberal empire« (Boot 2003; vgl. auch Mazarr 2003: 507-510; Rhodes 2003) zweifellos an Bedeutung gewonnen. Dessen Kehrseite ist allerdings auch schnell benannt. So schreibt Rhodes (2003: 143): »However noble the objective for which it is undertaken, an imperial mission threatens the liberal democracy of a republic that chooses to pursue this path.«

2. *Liberal Empire – Illiberal Democracy?* Demokratieexport und der Zustand der amerikanischen Demokratie

Mit der Einschätzung, dass eine aktivistische Demokratieförderungspolitik nach außen die eigene Demokratie im Innern stärkt, steht die Bush-Administration weitgehend alleine da.⁶

5 Ole Holsti (2000: 152) fasst das Dilemma der Demokratieförderungspolitik der USA während des Kalten Kriegs so: »Where was it desirable or feasible to promote democracy at other than the rhetorical level without the risks of provoking a world war or uprisings against faithful allies in the confrontation with the Soviet Union?«

6 In der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es: »Championing freedom advances our interests because the survival of liberty at home increasingly depends on the success of liberty abroad« (White House 2006: 3).

Versteht man den Irakkrieg im Sinne der US-Regierung nicht nur als Teil des »globalen Kriegs gegen den Terror« (die kurzfristige Strategie zur Bekämpfung des Terrorproblems), sondern auch als Teil eines globalen oder zumindest regionalen Demokratieförderungsprojekts der Vereinigten Staaten (die langfristige Strategie),⁷ könnte man aus der Sicht der etwas ins Abseits geratenen Schule vom Primat der Außenpolitik (vgl. dazu exemplarisch Müller/Risse-Kappen 1990: 375-377) oder einer so genannten *Second-Image-Reversed*-Perspektive zunächst argumentieren, dass Kriegszusammenhänge nach Innen grundsätzlich bestimmte Formen von sozialer Organisation privilegieren (Gourevitch 1978: 896) – und dabei handelt es sich, wenn sie überhaupt noch so bezeichnet werden können, um keine besonders demokratischen Organisationsformen.

Naturgemäß gewinnen in Kriegszeiten das Militär und andere Sicherheitsbehörden an Einfluss, politische Entscheidungsverfahren werden in der Regel zentralisiert und mit Verweis auf die nationale Sicherheit weitgehend dem Blick der Öffentlichkeit entzogen, wodurch gesellschaftliche Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt werden. Es droht die Bildung von Enklaven, die sich verselbstständigen und nicht mehr demokratisch kontrolliert werden, sowie die fortdauernde Übergehung, Irreführung oder Selbstentmachtung des Volkes und seiner Repräsentanten. Im schlimmsten Fall führt der Verweis auf die nationale Sicherheit auch dazu, dass die zivilen Grundrechte und Freiheiten der Bürger eingeschränkt werden.

Im US-Kontext sind diese Gefahren mit den Begriffen des *National Security State* und der *Imperial Presidency* bezeichnet worden. Schnittmengen bestehen dabei zu dem, was in der empirischen Demokratietheorie als Enklaven- und delegative (defekte) Demokratie bezeichnet wird.⁸ Für eine Einschränkung der zivilen Grundrechte und Freiheiten der Bürger, die so weit geht, dass sie als demokratischer Defekt betrachtet werden muss, hat die empirische Demokratietheorie den Begriff der illiberalen (defekten) Demokratie geprägt (Merkel et al. 2003: 264-266). Im US-Kontext ist für dieses Phänomen – trotz einschlägiger historischer Erfahrungen wie die Internierung japanischstämmiger Amerikaner im Zweiten Weltkrieg – keine spezifische Begrifflichkeit geprägt worden. Sofern sich die Einschränkung von zivilen Grundrechten und Freiheiten

7 Vgl. zu einer kritischen Bilanz der amerikanischen Demokratieförderungspolitik im Mittleren Osten Dalacoura (2005).

8 Vgl. dazu Merkel et al. (2003: 249-261 u. 276-288) sowie den Beitrag von Hans-Joachim Lauth in diesem Band.

in erster Linie auf Minderheiten beschränkt (die im Verdacht stehen, die nationale Sicherheit zu gefährden), kann hier jedoch auf einen Begriff verwiesen werden, der im Denken der Gründerväter der amerikanischen Verfassung (wenn auch in einer anderen Nuancierung) eine zentrale (negative) Rolle spielte – die so genannte *Tyranny of the Majority*.⁹

Aus der Sicht der Schule vom Primat der Innenpolitik oder einer *Second-Image*-Perspektive muss man sich dagegen die Frage stellen, wie es in einer Demokratie überhaupt zu einer aggressiven, d.h. gewaltsamen Demokratieförderungspolitik kommen kann. Das gilt zumindest dann, wenn man dabei auf die liberale Theorie der Internationalen Beziehungen rekurriert, die bis zur »interpretativen Wende« in der Disziplin (vgl. Harnisch 2003: 319-321) und dem damit verbundenen Aufkommen subsystemischer Ansätze konstruktivistischer Provenienz als zentraler Zugang für *Second-Image*-Analysen galt. Auch heute noch ist sie, nicht zuletzt dank der konzeptionellen Arbeiten von Andrew Moravcsik (2003, 1997, 1992), die umfassendste in sich geschlossene *Second-Image*-Theorie.

Folgt man Ernst-Otto Czempiels (1996) Spielart der liberalen Theorie, so muss eine Demokratie, die auf hohem Niveau gewaltsamen Demokratieexport betreibt, bereits erhebliche demokratische Defekte im Innern aufweisen – sonst wäre sie zu einer solchen Politik überhaupt nicht in der Lage. Der logische Zusammenhang ist aus dieser Perspektive also nicht *Crusader State – Defekte Demokratie*, sondern *Defekte Demokratie – Crusader State*. Czempiel betrachtet die reale politische Mitsprache des Volkes als zentralen Indikator für die demokratische Natur eines Gemeinwesens. Und da er den Bürgern einer Demokratie, vom Fall der Selbstverteidigung abgesehen, *a priori* eine risiko- und gewaltabgeneigte Haltung unterstellt, deutet die Gewaltanwendung einer Demokratie nach außen – gleichviel wie sie vom politischen System begründet wird – auf mangelnde politische Mitsprache der Bürger und damit auf erhebliche demokratische Defizite hin (vgl. dazu den Beitrag von Jochen Hils).

Muss man vor diesem Hintergrund davon ausgehen, dass der in der Ära Bush offenbar erneut zu Tage getretene *Crusader State* lediglich die sichtbare Spitze eines Eisbergs ist, unter der sich beträchtliche Deformationen der amerikanischen Demokratie verbergen? Und sind diese Deformationen so tiefgehend und bereits so weit verfestigt, dass der *Crusader State* auf Dauer Bestand haben, ja in Zukunft womöglich sogar noch deutlicher in Erscheinung treten wird?

9 Auch Merkel et al. (2003: 261) sprechen im Zusammenhang mit der illiberalen Demokratie von einer »Tyrannei der Mehrheit«.

3. Defekte Demokratie – *Crusader State?* Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush

Der vorliegende Band, der einer liberalen Perspektive verpflichtet ist, legt im Wesentlichen negative Antworten auf diese Fragen nahe. Zum einen weisen die Beiträge im dritten Teil (*Crusader State? Der Export der amerikanischen Demokratie*) darauf hin, dass von einem *Crusader State* in weiten Teilen überhaupt keine Rede sein kann: Demokratieförderung, geschweige denn gewaltsame Demokratieförderung, ist ganz offensichtlich nicht in jedem Politikfeld die oberste Priorität der Bush-Administration. Dort, wo sie es zu sein scheint, ist die US-Regierung auf Grund gesellschaftlichen Einspruchs offenbar häufig gezwungen, Kurskorrekturen an ihrer Politik vorzunehmen – was wiederum darauf hindeuten würde, dass die amerikanische Demokratie, gemessen an Czempiels Mitsprachekriterium, nach wie vor intakt ist.

In der Tat legen die Beiträge des zweiten Teils des Bandes (*Defekte Demokratie? Der Zustand des amerikanischen Gemeinwesens*) den Schluss nahe, dass die amerikanische Demokratie auch nach den Terroranschlägen von New York und Washington und dem Präventivkrieg gegen den Irak nur wenige sektorale Defekte und politikfeldspezifische Defizite aufweist, die sich vor allem auf den Bereich der zivilen Grundrechte und Freiheiten sowie – hier gehen die Meinungen der Autoren bzw. der Herausgeber und der Autoren allerdings auseinander – auf die militärische Interventionspolitik zu beschränken scheinen.¹⁰

Von einer alle Politikfelder dominierenden *Imperial Presidency* kann in der Ära Bush, so Söhnke Schreyers Befund, jedenfalls keine Rede sein. Das gilt insbesondere dann, wenn man die Definitionskriterien des Schöpfers des Begriffs und Konzepts, Arthur Schlesinger, ernst nimmt. Zu diesem Schluss kommt auch der Beitrag von Martin Kahl und Reinhard Wolf – vor allem eine Usurpation der Kriegsvollmachten der Legislative durch die Exekutive und eine Zentralisierung des politischen Entscheidungsprozesses im Weißen Haus ist für die Autoren nicht erkenn-

10 Unsere beiden Beiträge kommen zu dem Befund, dass in der militärischen Interventionspolitik deutliche demokratische Defizite hinsichtlich der parlamentarischen Kontrolle bestehen. Dem können Martin Kahl und Reinhard Wolf nicht folgen. Söhnke Schreyer nimmt hier eine Mittelposition ein: Das parlamentarische Verfahren zum Irakkrieg als solches wird von ihm zwar nicht beanstandet. Gleichwohl hält Schreyer die Informationsgrundlage, auf der die Kriegsentscheidung getroffen wurde, für problematisch.

bar. Für einen *National Security State* gibt es aus ihrer Sicht ebenfalls kaum Anzeichen. Das Thema Sicherheit habe nach dem 11. September 2001 zwar zweifellos an Bedeutung gewonnen. Gleichwohl seien keine Verselbstständigungstendenzen des US-Militärs und der Sicherheitsexperten im Allgemeinen im Sinne einer Enklavendemokratie feststellbar.

Alle Autoren des zweiten Teils stimmen darin überein, dass im Bereich der zivilen Grundrechte und Freiheiten die prekärsten Entwicklungen zu beobachten sind. Seit dem 11. September 2001 artikuliert sich, wie Josef Braml in seinem Beitrag herausarbeitet, in den Vereinigten Staaten ein national wie international sehr problematisches Rechtsverständnis, das deutlich in die Richtung einer illiberalen Demokratie weist. Davon sind besonders Menschen arabischer Herkunft bzw. moslemischen Glaubens betroffen, vor allem wenn sie keine amerikanischen Staatsbürger sind. Ihre Rechte wurden nach den Terroranschlägen von New York und Washington teilweise drastisch eingeschränkt. Da dies weitgehend mit Zustimmung der Mehrheit der amerikanischen Bürger geschah, die nach dem 11. September 2001 offensichtlich bereit waren, zumindest die Grundrechte von Minderheiten im Austausch gegen ein Mehr an Sicherheit einzuschränken, spricht Braml hier von Tendenzen in Richtung einer *Tyranny of the Majority*, die sich angesichts der fortdauernden (auch sozial konstruierten) Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zu verfestigen drohen.

Aus der Perspektive der empirischen Demokratietheorie ergänzt Hans-Joachim Lauth dieses Argument insofern, als er in seinem Beitrag im ersten Teil des Bandes (*Defekte Demokratie – Crusader State? Die theoretische Perspektive*) argumentiert, dass es im Hinblick auf den Umgang mit dem afroamerikanischen Bevölkerungsteil in den USA eine lange Tradition der rechtlichen Ungleichbehandlung gibt, welche die gesellschaftliche Toleranzschwelle gegenüber der Einschränkung von Grundrechten von Minderheiten im Inland und Verstößen gegen die Menschenrechte im Ausland heraufsetzt. Sowohl Braml als auch Lauth weisen darauf hin, dass das problematische Rechtsverständnis der Bush-Regierung erhebliche Auswirkungen auf das Programm weltweiter Demokratisierung hat, wie es die Administration unter anderem in ihrer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie vom März 2006 formuliert hat. Der quasi rechtlose Zustand der im US-Militärstützpunkt Guantánamo Bay (Kuba) festgehaltenen »feindlichen Kämpfer« (*enemy combatants*) und Skandale wie die Misshandlung von irakischen Gefangenen im US-Militärgefängnis Abu Ghraib (Irak) oder das mutmaßliche Massaker von Haditha (Irak) fügten dem Bild der amerikanischen Demokratie im Ausland beträchtlichen

Schaden zu, der ihre Glaubwürdigkeit als Demokratieförderer und damit auch den Erfolg ihrer Demokratieförderungspolitik untergrabe.¹¹

Martin Kahl und Reinhard Wolf bieten eine Erklärung dafür an, warum sich die demokratischen Defizite der USA nach dem 11. September 2001 vor allem auf den Bereich der zivilen Grundrechte und Freiheiten zu konzentrieren scheinen. Ihrer Ansicht nach liegt das an der asymmetrischen Natur der neuen äußeren Bedrohung. Sie manifestiere sich in wenigen hundert »Kämpfern«, die im Verborgenen operierten. Ihre erfolgreiche Bekämpfung hänge entscheidend von rechtzeitigen Informationen ab, die weitgehend verdeckt gewonnen werden müssten. Selbst wenn Regimewechsel in Staaten, die der Unterstützung des Terrorismus verdächtig sind, auf gewaltsame Weise vorgenommen würden, müssten bei der Abwehr dieser Bedrohung weit weniger gesellschaftliche Akteure und Institutionen aktiv mitwirken als bei der militärischen Auseinandersetzung mit einer industriellen Großmacht. Entsprechend geringer sei der Bedarf an Maßnahmen, die auf eine umfassende Mobilisierung und Reglementierung abzielten. Allerdings richte sich auf Grund des Bedarfs an rechtzeitigen Informationen eine Vielzahl von Maßnahmen auf eine Intensivierung der Überwachung der Bürger.

Angesichts der offenbar weitgehend intakten amerikanischen Demokratie kann es kaum überraschen, dass die Autoren des dritten Teils des Bandes (*Crusader State? Der Export der amerikanischen Demokratie*) in ihrem jeweiligen Politikfeld in der Regel einen Entscheidungsprozess vorfinden, der von einer Vielzahl von nationalen Akteuren mitgestaltet wird, die dem Demokratieexport der Bush-Administration – so er in dem jeweiligen Politikfeld überhaupt ernsthaft verfolgt wird – nicht notwendigerweise positiv gegenüberstehen bzw. eigene Ziele verfolgen.

Wenn man sich die *Geschichte der amerikanischen Demokratieförderungspolitik* vor Augen führt, wird deutlich, dass es sich dabei um kein neues Phänomen handelt. Wie Christopher Daase in seinem Beitrag ausführt, war (gewaltsame) Demokratieförderung in den USA schon immer umstritten und nur in den seltenen Fällen (vorübergehend) konsensual, wo sich die Vorstellungen und Interessen von liberalen Idealisten und Realisten trafen. Daase verweist auch darauf, dass die amerikanische Gesellschaft als Ganzes wenig geneigt ist, eine altruistische Politik ohne er-

11 Neuere empirische Studien deuten darauf hin, dass »halbdunkle« demokratische »Leuchfeuer« (*dim beacons*), d.h. beeinträchtigte demokratische Vorbilder (zumindest wenn sie gewaltsam installiert wurden) regionale Demokratisierung nicht fördern, sondern unterminieren (Enterline/Greig 2005).

kennbares nationales Interesse für die Vereinigten Staaten lange zu unterstützen und die Kosten eines dauerhaften Engagements zum Aufbau demokratischer Strukturen in anderen Ländern zu schultern (zu einem ähnlichen Urteil kommt der Beitrag von Jochen Hils). Daase betont in diesem Zusammenhang, dass kulturelle bzw. konstruktivistische Ansätze, die von einem einheitlichen Akteur ausgehen, der durch eine spezifische nationale politische Kultur dazu motiviert wird, Demokratieexport zu betreiben, vor erheblichen Problemen stehen, wenn sie die beträchtlichen Schwankungen in dieser Politik erklären sollen.

In der *Außenhandelspolitik* gibt es, wenn man Andreas Falke folgt, in dieser Hinsicht gar nichts zu erklären. Eingebettet zwischen globalen Anforderungen und dem nationalen interessenpolitischen Betrieb ist sie, so Falke, traditionell nur höchst eingeschränkt für andere Ziele wie Demokratieförderung zu instrumentalisieren. Eine konsequente Instrumentalisierung des Außenhandels zu Gunsten einer Strategie der weltweiten Demokratieförderung ist laut Falke bislang allerdings auch kein zentrales Ziel der Bush-Regierung gewesen. Sie habe von Anfang an die Rückkehr zu einer traditionellen Politik der Marktöffnung im Auge gehabt und forciert. Dabei operiere die Administration in einem auch nach dem 11. September 2001 nach wie vor völlig polarisierten gesellschaftlichen Umfeld, in dem protektionistische Schritte zunehmend populär und Versuche, Handelsfragen mit anderen Themen zu verknüpfen, nach wie vor an der Tagesordnung seien. Deshalb habe die Bush-Regierung ihre traditionelle Marktöffnungspolitik bislang nur mühsam und mit äußerst knappen Parlamentsmehrheiten umsetzen können. Eine konsequente Instrumentalisierung der Außenhandelspolitik zu Gunsten einer Strategie der weltweiten Demokratisierung hält Falke vor diesem Hintergrund für praktisch unmöglich. *Crusader State* und gesellschaftliche Mitsprache scheinen sich in der Außenhandelspolitik – traditionell eine Domäne des im Vergleich zur Exekutive für gesellschaftliche Einflüsse ungleich offeneren Kongresses – folglich wechselseitig auszuschließen.

Gleiches scheint für die *Russlandpolitik* zu gelten. Wie David Sirakov feststellt, verhindern die pragmatischen Präferenzen der amerikanischen Öffentlichkeit – die der Demokratieförderung in diesem Politikfeld keine alles überragende Bedeutung beimisst –, dass Demokratie- und Menschenrechtsorganisationen sich mit ihren Anliegen im politischen System durchsetzen können. Die sicherheitspolitische Kooperation im »globalen Krieg gegen den Terror« stehe in der Russlandpolitik ganz klar im Vordergrund. Damit reduziert sich der »Kreuzzug« der Bush-Regierung in diesem Politikfeld nach Ansicht Sirakovs auf ein rein rhetorisches Moment, auf *Cheap Talk*.

In der *Chinapolitik* ist der Befund ähnlich, wenn auch nicht deckungsgleich. Folgt man Michael Kolkmann, dann haben die Terroranschläge von New York und Washington zumindest kurzfristig dazu geführt, dass sich gesellschaftliche Gruppen und der Kongress nicht mehr so stark in diesem Politikfeld engagierten wie das noch in den 1990er Jahren, nach dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation, der Fall gewesen war. Der vergrößerte politische Handlungsspielraum nach innen habe es der Bush-Regierung ermöglicht, mit Peking ein kooperatives Verhältnis im »globalen Krieg gegen den Terror« aufzubauen und dabei die Themen Demokratie und Menschenrechte, welche die Administration vor dem 11. September 2001 noch in den Vordergrund gerückt hatte, nicht weiter zu forcieren. Kolkmann prognostiziert aber, dass sich im Zuge einer absehbaren »Normalisierung« des chinapolitischen Entscheidungsprozesses gesellschaftliche Gruppen und der Kongress wieder stärker zu Wort melden und die Bush-Administration unter Druck setzen werden, ihr Programm der weltweiten Demokratisierung auch in der Chinapolitik konsequent umzusetzen. Insoweit würden sich gesellschaftliche Mitsprache und *Crusader State* in diesem Politikfeld wechselseitig bedingen.

Ähnliches gilt für die *Nahostpolitik*. Das Demokratieförderungsprogramm der US-Regierung, die »Vorwärtsstrategie für Freiheit«, macht es, so Margret Johannsen, angesichts der Tatsache, dass Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten ist, leicht, eine ohnehin strukturell israelfreundliche Politik fortzuschreiben, die – wenn die jeweilige Administration sie nicht schon von sich aus betreibt – von der mächtigen Israellobby und vom Kongress traditionell eingefordert wird. Auch in diesem Politikfeld scheinen gesellschaftliche Kräfte also eher Motor und Garant denn Hindernis für einen *Crusader State* zu sein. Allerdings, so Johannsen, verlangen die Natur des Nahostkonflikts und die Zielsetzungen anderer weltpolitischer Akteure, namentlich der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, der US-Regierung hier deutliche Kompromisse in Richtung eines »pragmatischen Kreuzzugs« ab.

In der *Irakpolitik*, die gemeinhin als Paradebeispiel für einen gewaltsamen Demokratieexport angeführt wird, kann nach Ansicht von Jürgen Wilzewski von einem *Crusader State* eigentlich kaum die Rede sein. Die Bush-Administration habe sich die Demokratisierung des Irak erst auf die Fahnen geschrieben, als ihr zentrales Rechtfertigungsmuster für den Krieg, die Existenz von Massenvernichtungswaffen, nicht mehr länger haltbar gewesen und eine stabile Nachkriegsordnung für das Land am Tigris in immer weitere Ferne gerückt sei. Im Unterschied zu den meisten Autoren des zweiten Teils des Bandes sieht Wilzewski im außenpolitischen Entscheidungsprozess, der zum Irakkrieg führte, eklatante de-

mokratische Defizite, die sich vor allem in einer Fehlinformierung bzw. Manipulation von Öffentlichkeit und Kongress manifestierten. Insofern würden sich in der Irakpolitik zentrale Hypothesen der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen bestätigen: Beträchtliche demokratische Defizite, welche die Mitsprache der Gesellschaft substanziell einschränkten und verfälschten, waren laut Wilzewski eine notwendige Voraussetzung für den Präventivkrieg und einen scheinbaren *Crusader State*.

Dass der Irak kein Paradebeispiel, sondern eher ein Sonderfall ist, legen die Beiträge zu den beiden anderen Staaten der »Achse des Bösen« nahe. In der *Iranpolitik* ist eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten, so das Urteil von Oliver Thränert, derzeit nicht zu erwarten. Nach dem Regimewechsel im Irak sei trotz manch fortgesetzter Präventivkriegsrhetorik von einem *Crusader State* nicht mehr viel zu sehen. Präsident Bush habe im Wesentlichen die Politik seines Vorgängers fortgesetzt und sich dabei – anders als im Fall Irak – auf die (europäischen) Alliierten zu bewegt. Wie in der China- und Nahostpolitik gibt es auch in der Iranpolitik Hinweise darauf, dass der Einfluss gesellschaftlicher Akteure einen *Crusader State* eher stützt als behindert. So argumentiert Thränert, dass George W. Bush im Gegensatz zu den europäischen Partnern innenpolitische Widerstände für den Fall einkalkulieren muss, dass Teheran nur um den Preis einer Stärkung des Mullah-Regimes am Bau von Kernwaffen gehindert werden kann. Traditionell, so Thränert, wird die Menschenrechtslage im Iran in den Vereinigten Staaten kritischer beäugt als in Europa.

In der *Nordkoreapolitik* scheint die amerikanische Gesellschaft dagegen erneut als potenzielles Hindernis eines *Crusader State* in Erscheinung zu treten. Die vorhandene öffentliche Zustimmung zu multilateralen Militäreinsätzen gegen nordkoreanische Nuklearkapazitäten dürfe, so Sebastian Harnisch, keinesfalls mit einer Unterstützung für militärische Präventivschläge gleichgesetzt, geschweige denn als Plazet für einen militärisch herbeigeführten Regimewechsel in Pjöngjang interpretiert werden. Denn obwohl die harsche Rhetorik der Bush-Administration offenkundig eine starke Abneigung gegen das nordkoreanische Regime befördert habe, befürworte eine überwältigende Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung eine diplomatische Lösung des Nuklearkonflikts. Folgt man Harnischs zentralem Argument, so übersetzen sich diese mäßigen Präferenzen allerdings kaum in konkrete Politik. Wenn ein »Kreuzzug« gegen Pjöngjang bislang gescheitert ist – und das ist er in doppelter Hin-

sicht –,¹² dann vor allem deshalb, weil die ideologische Auseinandersetzung zwischen (neo)konservativen Verhandlungsgegnern und liberalen Verhandlungsbefürwortern *innerhalb* der Administration die Nordkoreapolitik bis zum heutigen Tag lähmt. Wie in der Nahost- und der Iranpolitik wirkt sich die Notwendigkeit, bei der Lösung des Konflikts mit anderen weltpolitischen bzw. regionalen Akteuren kooperieren zu müssen, offenbar ebenfalls mäßigend auf die Politik der Bush-Regierung gegenüber Pjöngjang aus. Die Komplexität des Entscheidungsprozesses, in dem die Interessen der beiden Lager innerhalb der Administration und die der regionalen Akteure berücksichtigt werden müssen, macht eine Wiederholung des Irakfalls, so Harnisch, unwahrscheinlich.

Diese auf den ersten Blick sehr unterschiedlichen Befunde machen zweierlei deutlich: *Erstens* bestehen hinsichtlich einer genuinen (d.h. nicht durch äußeren Druck verursachten) Motivation der Bush-Regierung, eine konsequente Demokratieförderungspolitik zu betreiben, offenkundig erhebliche politikfeldspezifische Unterschiede. Um den Befund zuzuspitzen: Demokratieförderung scheint von der Administration vor allem dort konsequent ins Visier genommen zu werden, wo sie nicht mit anderweitigen Interessen der Vereinigten Staaten kollidiert. Das Paradebeispiel dafür ist die Nahostpolitik, wo das Demokratieförderungsprogramm der Bush-Regierung die Fortschreibung der strukturell israelfreundlichen Politik nicht behindert, sondern forciert – *und* gleichzeitig den in der Region wurzelnden transnational agierenden Terrorismus langfristig zu bekämpfen verspricht. Das zentrale Negativbeispiel ist die Chinapolitik, wo die durch den »globalen Krieg gegen den Terror« und die Nordkoreaproblematik erzwungene Kooperation mit Peking seit dem 11. September 2001 offenbar dazu geführt hat, dass Demokratie- und Menschenrechtsfragen in den bilateralen Beziehungen zunehmend in den Hintergrund getreten sind. Insofern scheint die Administration ihre kurzfristige Strategie zur Bekämpfung des transnational agierenden Terrorismus (den »globalen Krieg gegen den Terror«) eindeutig zu Lasten ihrer langfristigen Strategie (des weltweiten Demokratisierungsprogramms) zu privilegieren, was der Glaubwürdigkeit ihrer Politik zweifellos schweren Schaden zufügt.

12 Zum einen wurde ein »Kreuzzug« auf Grund der Blockade innerhalb der Administration bislang immer im Keim erstickt. Zum anderen führte diese Blockade laut Harnisch dazu, dass das nordkoreanische Regime sein Kernwaffenpotenzial mit großer Wahrscheinlichkeit erheblich ausbauen konnte, ohne dafür erkennbare Sanktionen zu erfahren.

Die Selektivität des Demokratisierungsimpulses auf Seiten der Administration scheint darauf hinzudeuten, dass hier kein ungezügelter Idealismus neokonservativer Provenienz am Werk ist (von dem man eine weitgehend kontextunabhängige Wirkung erwarten würde), sondern allenfalls ein regionalspezifischer *National Security Liberalism*, der sich vor allem auf den Nahen und Mittleren Osten richtet und in jenen Politikfeldern von *Cheap Talk* begleitet wird, in denen Demokratieförderung nicht als sicherheitsrelevant bzw. sogar als sicherheitsgefährdend wahrgenommen wird. Allerdings könnten auch politikfeldspezifische Akteurskonstellationen innerhalb der Bush-Regierung dafür verantwortlich sein, dass sich ein – dann zumindest in Teilen der Administration vorhandener – authentischer Idealismus neokonservativer Provenienz unterschiedlich stark bemerkbar macht.

Zweitens scheint der Einfluss der amerikanischen Gesellschaft und des Kongresses in den einzelnen Politikfeldern auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Ergebnisse zu erzeugen. So gibt es in der China-, Nahost- und Iranpolitik zumindest Hinweise darauf, dass eine verstärkte Mitsprache einen *Crusader State* stützen oder ihn überhaupt erst aktivieren würde. In der Außenhandels-, Russland- und Nordkoreapolitik scheint der Einfluss von Gesellschaft und Parlament dagegen eine (potenziell) mäßigende Wirkung zu haben, die das Auftauchen eines *Crusader State* von vornherein verhindert. Das gilt auch für die Irakpolitik, wo erst die Verfälschung der Präferenzen der Öffentlichkeit und des Kongresses durch selektive Informationsvorgaben des Sicherheitsstaats die mäßigende Wirkung aufheben konnte, die sich inzwischen, wie der Beitrag von Jürgen Wilzewski zeigt, wieder einzustellen beginnt.

Weitaus weniger widersprüchlich erscheinen diese Befunde, wenn man den gesellschaftlichen Einfluss nach Interessengruppen und der über Umfragen erhobenen öffentlichen Meinung differenziert: Dort, wo vornehmlich von *Interessengruppen* (gleichviel, ob sie partikulare oder allgemeine Interessen vertreten) die Rede ist, scheint der gesellschaftliche Einfluss in der Tendenz *zu Gunsten* eines *Crusader State* auszufallen. Das gilt für die Israelloobby in der Nahostpolitik und die Menschenrechtsgruppen in der Chinapolitik – nicht aber für die Außenhandelspolitik. Dort, wo in erster Linie von der *öffentlichen Meinung* die Rede ist, scheint der gesellschaftliche Einfluss dagegen in der Tendenz *zu Ungunsten* eines *Crusader State* auszufallen. Das gilt für die Russland- und Nordkoreapolitik ebenso wie für die Irakpolitik – zumindest dann, wenn man dem Argument verfälschter Präferenzbildung folgt. Allerdings weicht hier die Iranpolitik mit dem Befund einer Öffentlichkeit, die für Menschenrechtsfragen in diesem Politikfeld besonders sensibel ist, ab.

Für die Außenhandelspolitik, findet sich schnell eine ergänzende Erklärung: Dort ist im Gegensatz zur Nahost- und Chinapolitik nicht von dem (dominanten) Einfluss einer einzelnen Lobbygruppe die Rede, sondern von einer Vielzahl von Interessengruppen, deren Anliegen im Regierungshandeln berücksichtigt werden müssen. Der Gedanke, dass eine solche politische Konstellation ähnlich mäßigend wirkt wie der Einfluss der Gesamtgesellschaft, dürfte nicht allzu weit hergeholt sein. Die Iranpolitik deutet dagegen darauf hin, dass auch in der Öffentlichkeit latent »missionarische« Tendenzen vorhanden sind, die ansonsten aber offenbar Partikularinteressen bzw. Teilkulturen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft vorbehalten bleiben. In der Tat gibt es im Bereich der Menschenrechte, darauf weist der Beitrag von Jochen Hils hin, ein deutlich größeres gesamtgesellschaftliches Reservoir für einen *Crusader State* als im Bereich der Demokratieförderung im engeren Sinne. Allerdings scheint auch hier zu gelten, dass außenpolitische Maßnahmen umso stärker abgelehnt werden, je mehr sie mit Zwang verbunden sind.

Alles in allem scheint ein amerikanischer *Crusader State* in vielen Politikbereichen eine Schimäre zu sein und dort, wo er in der Tat existiert oder Potenzial für ihn vorhanden ist, ist seine gesellschaftliche Basis offenbar sehr dünn (bzw. an Bedingungen geknüpft) und entsprechend brüchig. Bei gleichbleibender oder steigender Mitsprache des *Demos* dürfte eine konsequente Politik der weltweiten Demokratieförderung, gleichviel von welcher US-Regierung sie in Zukunft betrieben würde, deshalb auf erhebliche politische Widerstände stoßen. In diesem Befund zeigt sich die Relevanz und der Nutzen einer liberalen Perspektive, die keine einheitlichen Akteure konstruiert, sondern den nationalen Präferenzbildungsprozess in den Mittelpunkt ihrer Analyse rückt. Gleichwohl kann aus der Relevanz der liberalen »Methode« nicht einfach auf eine analoge Bedeutsamkeit ihrer Hypothesen rückgeschlossen werden. Wie der folgende Beitrag von Jochen Hils im ersten Teil dieses Bandes (*Defekte Demokratie – Crusader State? Die theoretische Perspektive*) zeigt, lassen sich zwar in der Tat viele Indizien dafür finden, dass die US-Gesellschaft als Ganzes gesehen so rational und risikoabgeneigt eingestellt ist, wie das die liberale Theorie annimmt. Hinsichtlich der Überprüfung ihrer Hypothesen hat die liberale Theorie jedoch – selbst in für sie zentralen Bereichen – offenbar mit empirischen Anomalien zu kämpfen. Und wie der sich daran anschließende Beitrag von Hans-Joachim Lauth deutlich macht, wäre es durchaus hilfreich, wenn sie sich stärker als bisher mit konzeptionellen Begrifflichkeiten aus anderen Disziplinen – in diesem Fall der empirischen Demokratietheorie – auseinander setzen würde. Der vorliegende Band versucht einen Schritt in diese Richtung zu machen.

Literatur

- Boot, Max (2003): Neither New nor Nefarious: The Liberal Empire Strikes Back, in: *Current History*, 102:667, S. 361-366.
- Cox, Michael/Ikenberry, G. John/Inoguchi, Takashi (Hrsg.) (2000): *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.).
- Czempiel, Ernst-Otto (1996): Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3:1, S. 79-101.
- Dalacoura, Katerina (2005): US Democracy Promotion in the Arab Middle East Since 11 September 2001: A Critique, in: *International Affairs*, 81:5, S. 963-979.
- Doyle, Michael (2000): Peace, Liberty and Democracy: Realists and Liberals Contest a Legacy, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 21-40.
- Enterline, Andrew J./Greig, Michael J. (2005): Beacons of Hope? The Impact of Imposed Democracy on Regional Peace, Democracy, and Prosperity, in: *Journal of Politics*, 67:4, S. 1075-1098.
- Gourevitch, Peter (1978): The Second Image Reversed: The International Sources of Domestic Politics, in: *International Organization*, 32:4, S. 881-912.
- Harnisch, Sebastian (2003): Theoriegeleitete Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: Gunther Hellmann/Klaus-Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.), *Die neuen Internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland*, Baden-Baden, S. 313-360.
- Holsti, Ole R. (2000): Promotion of Democracy as a Popular Demand?, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 151-180.
- Ikenberry, John G. (2000): America's Liberal Grand Strategy: Democracy and National Security in the Post-War Era, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 103-126.
- Legro, Jeffrey W./Moravcsik, Andrew (1999): Is Anybody Still a Realist?, in: *International Security*, 24:2, S. 5-55.
- Mazarr, Michael (2003): George Bush, Idealist, in: *International Affairs*, 79:3, S. 503-522.
- McDougall, Walter A. (1997): *Promised Land, Crusader State: The American Encounter with the World Since 1776*, Boston (MA).
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thierry, Peter (2003): *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*, Opladen.
- Monten, Jonathan (2005): The Roots of the Bush Doctrine: Power, Nationalism, and Democracy Promotion in U.S. Strategy, in: *International Security*, 29:4, S. 112-156.
- Moravcsik, Andrew (2003): Liberal International Relations Theory: A Scientific Assessment, in: Colin Elman/Miriam Fendius Elman (Hrsg.), *Progress in International Relations Theory: Appraising the Field*, Cambridge (MA), S. 159-204.
- Moravcsik, Andrew (1997): Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization*, 51:4, S. 513-553.

- Moravcsik, Andrew (1992): *Liberalism and International Relations Theory* (Center for International Affairs Working Paper 92-6), Cambridge (MA).
- Müller, Harald/Risse-Kappen, Thomas (1990): Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozess in liberaldemokratischen Industrienationen, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen: Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven* (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 21), Opladen, S. 375-400.
- Nau, Henry (2000): America's Identity, Democracy Promotion and National Interest: Beyond Realism, Beyond Idealism, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 127-148.
- Ralph, Jason (2000): »High Stakes« and »Low Intensity Democracy«: Understanding America's Policy of Democracy Promotion, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 200-217.
- Rhodes, Edward (2003): The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda, in: *Survival*, 45:1, S. 131-152.
- Rose, Gideon (1998): Neoclassical Realism and Theories of Foreign Policy, in: *World Politics*, 51:1, S. 144-172.
- Russett, Bruce (2005): Bushwacking the Democratic Peace, in: *International Studies Perspectives*, 6:4, S. 395-408.
- Schweller, Randall (2003): The Progressiveness of Neoclassical Realism, in: Colin Elman/Miriam Fendius Elman (Hrsg.), *Progress in International Relations Theory: Appraising the Field*, Cambridge (MA), S. 311-347.
- Schweller, Randall (2000): US Democracy Promotion: Realist Reflections, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 41-62.
- Smith, Steve (2000): US Democracy Promotion: Critical Questions, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 63-82.
- Smith, Tony (2000): National Security Liberalism and American Foreign Policy, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 85-102.
- Smith, Tony (1994): *America's Mission: The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton (NJ).
- White House (2006): *The National Security Strategy of the United States of America* (März), <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf> (aufgerufen am 22.3.2006).
- White House (2005): Inaugural Address by George W. Bush (20. Januar), <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/01/print/20050120-1.html> (aufgerufen am 7.4.2005).